Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags: eine illustrierte. — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich M., monatlich M. Bei Abholung von der Geschäftsstelle vierteljährlich M., monatlich M. Durch die Post vierteljährlich Mk., monatlich Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum hier Pfg., auswärts Pfg., Reklamezeile 80 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichtinnehaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von bezw. Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 255 | Freitag, den 29. Oktober 1920 | 38. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Wie offiziös erklärt wird, entspricht eine baldige Neuwahl des Reichspräsidenten durchaus dem persönlichen Wunsch des jetzigen Reichspräsidenten.

* Bei der Wiedereröffnung des Reichstages hielt der Reichskanzler eine große Rede über die politische Gesamtlage.

* Der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei wird vom 31. Oktober bis 2. November in Berlin im Reichstagsgebäude zusammentreten.

* Der österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Hartmann, hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

* Das griechische Kabinett hat eine Botschaft an das Volk gerichtet, in der mitgeteilt wird, daß Prinz Paul zur Thronbesteigung aufgefordert worden ist.

Solmssen und Warburg.

Um den deutschen Bankiertag hatte man sich in früheren Jahren in der Öffentlichkeit nicht sonderlich viel gekümmert. Die Herren hatten auch ihre Sorgen und Schmerzen, gewiß; hatten über unnützen Zwang und übermäßigen Steuerdruck, über Unverständnis und Belästigungen zu klagen und wohl auch unter anderem mancherlei Kleinkämpfe auszuführen. Das berührte aber die Allgemeinheit nur sehr nebenher. Heute ist es anders. Heute lastet der Friedensvertrag von Versailles auf allen Ständen und Berufen des deutschen Volkes mit gleicher Schwere. Der sinnlosen Quälerei, die von ihm tagein tagaus gegen uns ausgeübt wird, droht unsere Wirtschaft schier zu erliegen, und die seltene Widerstandskraft unseres Volkes, die Arbeitsfähigkeit unserer ganzen staatlichen Verwaltung gehen ihrer vollen Erschöpfung entgegen, wenn die Dinge noch lange so weiterlaufen wie bisher. Kein Wunder, daß wir unter solchen Verhältnissen aus den Lamentationen überhaupt nicht mehr herauskommen; aber je länger sie dauern, desto mehr versagt naturgemäß ihre Wirkung. Doch wenn auch Männer, deren ganzes Wesen sonst nur Kühle und Verstand atmet, die einen großen Namen vor der Welt zu vertreten haben und ganz gewiß nicht dem Verdacht nationalen und parteipolitischen Überschwanges ausgesetzt sind, wenn selbst Solmssen und Warburg, zwei der hervorragendsten deutschen Bankfachleute, in die allgemeine Entrüstung über unsere Knebelung durch die Entente miteinstimmen, so darf man hoffen, daß ihre Worte auch außerhalb Deutschlands zum Nachdenken anregen werden.

Was Dr. Solmssen über die verzweifelte Lage unserer Staatsfinanzen sagte, die Milliarden-Zahlen, die er aufmarschieren ließ, sind der Öffentlichkeit in der letzten Zeit schon oft genug präsentiert worden, aber man kann hier gar nicht des Guten genug oder gar zu viel tun, weil die Aufmerksamkeit der Welt heutzutage fast unausgesetzt von gewaltigen Geschehnissen und Erschütterungen in Anspruch genommen ist. Auf der einen Seite betonte er „die grenzenlose nicht wieder gutzumachende, von einer kindlichen politischen Naivität zeugende Torheit, die Revolution unter Zerschlagung aller Ordnung gerade in dem Augenblick ausbrechen zu lassen, als die Verhandlung mit dem Feinde begann, der niemals in seinen Forderungen so maßlos geworden wäre, wie er es schließlich geworden ist". Auf der anderen Seite hielt er aber auch den Besatzungsmächten einen Spiegel vor, die in unserem Westen ihre Truppen und Beamten ein Leben der Verschwendung, der Genußsucht führen lassen, das jeder Beschreibung spottet, dessen Kosten wir aber zu bestreiten haben. „Wenn hier nicht bessere Einsicht bei der Entente einzieht, so geht unsere Wirtschaft an diesem Zustande zugrunde." Unübersehbar ist die Wirkung des Friedensvertrages auf unsere Finanzwirtschaft. Es scheint vermessen, dabei überhaupt noch den Gedanken zu erwägen, unsere Finanzen in Ordnung zu bringen, so lange unser Herzblut aus der ewig offenen Wunde dringt, die uns der Feind geschlagen hat. Was wir unter allen Umständen brauchen, ist die Festlegung unserer Verpflichtungen gegenüber den Feinden. Eher können wir nicht daran gehen, sie getreulich zu erfüllen.

Aber auch nach innen hatte der Redner schwere Vorwürfe zu erheben. Er wies hin auf die ungeheure Kostspieligkeit unserer Verwaltung, die Ausarbeitung unserer Steuergesetze nach parteipolitischen Gesichtspunkten und, vor allen Dingen, die entsetzliche Selbstzerfleischung des Volkes in einem Parteileben, das gar keine Rücksicht auf die schreckliche Gefährdung unserer Gesamtexistenz nehmen zu wollen scheint. „Es handelt sich nicht mehr darum, ob die sozialdemokratische Idee oder die privat-kapitalistische die richtige ist — Zank und Streit wollen wir den Politikern und Theoretikern überlassen. Es handelt sich um etwas ganz anderes, darum, ob das deutsche Volk verhungern und untergehen, oder am Leben bleiben und als Staat weiterbestehen soll." So gelangt Dr. Solmssen zu einer unbedingten Gegnerschaft gegen jede Art von Sozialisierung in diesem Augenblick, denn sie würde, darüber hegt er nicht den geringsten Zweifel, lediglich den Erfolg haben, die Wirtschaft zu verteuern, die Produktion zu verringern. Das wäre der letzte Todesstoß, den wir uns selber zufügten. Ein leidenschaftlicher Aufruf zur Einigkeit, zur geschlossenen Blockbildung, zur Absage an den schlimmsten Feind allen Deutschtums, den Parteihader, bildete den Schluß dieser Kundgebung, die unter den Zuhörern minutenlangen Beifall auslöste.

Am Nachmittag kam Warburg an die Reihe, ein noch kühleres, noch geschäftsmäßigeres Temperament. Aber auch er mußte, kaum daß er begonnen hatte, erklären, daß, wenn von den maßgebenden Politikern der Gegenseite nicht anerkannt werde, daß es unmöglich ist, die Last eines so langen Krieges nur einem Lande aufzubürden, nichts für die Entwicklung Europas zu hoffen sei. Der Gegenwert der Handelsflotte, der gelieferten Kohlen, des Materials der beschlagnahmten Güter geht bereits in die Hunderte von Milliarden, und noch sei kein Plan, kein Absehen zu erkennen. „Wir müssen fünf Jahre lang jedes Jahr 200 000 Tonnen Schiffe für die Entente bauen; dabei haben die Alliierten Überfluß an Tonnage und bieten uns die abgenommenen Schiffe auf allen Wegen wieder an. Kann dieses Verfahren einen anderen Sinn haben, als den, daß man Deutschland durchaus am Vorwärtskommen hindern will? Ähnlich steht es mit den Kohlen, die Frankreich bereits zu stapeln beginnt, während wir nicht wissen, wie wir unseren allerdringendsten Bedarf befriedigen sollen. 131 Milliarden muß das Reich allein an Entschädigung für Eigentum zahlen, das uns im Auslande weggenommen wurde. Wie soll da die Notenpresse stillgelegt werden können? Wohl sehen alle verständigen Finanzleute der Welt, daß Deutschland geholfen werden muß, aber sie haben nirgends die Führung. Falsch ist es, zu sagen, daß wir den Friedensvertrag erst solange erfüllen müssen, bis sich in jedem einzelnen Punkte seine Unmöglichkeit zeigt. Müssen wir uns denn erst in jedem einzelnen Falle die Köpfe blutig rennen, damit man die falsche Rechnung erkennt? Dann wird, bis alle Unmöglichkeiten erkannt sind, der Wirtschaftskörper verblutet am Boden liegen. Unsere Hoffnung kann nur sein, daß von allen Ländern, die die Leiden des Weltkrieges jetzt zu ertragen haben, die ökonomische Wirtschaftseinheit der Welt als solche erkannt wird und dementsprechend alle gemeinsam die Heilung suchen. Nur dann werden wir den Irrlehren des Bolschewismus entgegentreten können und die Grundlagen für eine Wirtschaftsführung ermöglichen, die eine Gesundung der Währung ermöglichen.

Man sieht, auch dieser Redner stützt seine letzte Hoffnung auf Voraussetzungen, die schon längst hätten erfüllt sein können, wenn ihre Erfüllung überhaupt nur ernstlich gewollt würde. Woran es fehlt, ist eben der gute Wille auf allen Seiten; bei uns zu Hause ebenso sehr wie draußen bei unseren Feinden. Aber sie sind noch einmal wenigstens gewarnt, von berufenster Seite eindringlich gewarnt worden. Mehr zu tun, geht über unsere Kraft.

Der Reichskanzler zur Lage.

Haushalt-Beratungen im Reichstag.

(22. Sitzung.) *CB.* **Berlin, 27. Oktober.**

Die heutige Sitzung war sowohl im Saale als auch auf den Tribünen gut besucht. Von dem Andrange, der sonst bei Reichskanzlerreden zu herrschen pflegte, war jedoch wenig zu bemerken. Neben dem Reichskanzler waren fast sämtliche Reichsminister erschienen. Die an der ersten Stelle der Tagesordnung stehenden Interpellationen über die Entwaffnung der Bevölkerung und über die Vernichtung der Dieselmotore wurden mit der ersten Beratung des Haushaltplanes verbunden.

Reichskanzler Fehrenbach

begab sich von seinem Platze zu dem Rednerpulte und hielt sich in seinen Ausführungen fast beständig an einen vor ihm liegenden geschriebenen Entwurf. Unter anderem betonte er: Wir sind in einen Tagungsabschnitt eingetreten, der schwere Anforderungen an uns alle stellen wird. Als wir im Sommer auseinandergingen, hatten wir die Aussprache über Spa hinter uns. Unheimlich lastete auf uns allen der Druck des neuen Abkommens. Harte Arbeit war einem ohnehin schon bis zur Grenze belasteten Teile unserer Bevölkerung zugemutet. Es war ein Moment, wo mit unbarmherziger Klarheit unserem Volke vor Augen trat, unter welches drückende Joch es gebeugt ist. Damals wurden Verfügungen getroffen, die endgültig festlegten, daß wir aus der Reihe der mächtigen Völker gestrichen wären. Was man uns ließ, genügte nach allgemeinem Urteil nicht einmal, um die Ruhe im Innern zu sichern. Das Schicksal lastet schwer auf uns. Wenn das deutsche Volk sich gegen die ihm auferlegten Lasten in Verzweiflung aufbäumt, so sollte man doch draußen ihm den kalten Hohn ersparen. Auch in seiner jetzigen Lage hat unser tapferes und schwergeprüftes Volk nach allem, was es in jahrelangem Kämpfen geleistet hat,

Anspruch auf die Achtung der anderen Völker.

Unsere Lage ist die: Wir sind militärisch gebrochen, politisch stillgelegt und ringen wirtschaftlich nach dem kärgsten Leben. Ein Volk in dieser Lage darf keinen Abenteuern ausgesetzt werden. Verstöße gegen die Forderungen des Friedens von Versailles, besonders gegen die internationale gewährleisteten Rechte von Vertretern fremder Staaten, müssen wir bitter büßen. Leider sind sie nicht vermieden worden. Auf ihre Folgen weise ich warnend hin. Ein Fehler, der uns in den politischen Abgrund gestürzt hätte, wäre es gewesen, wenn wir uns hätten verleiten lassen, in den

russisch-polnischen Krieg

einzutreten. Es gab nur eine Parole für uns: Die Parole der strengsten Neutralität. An Versuchungen hat es nicht gefehlt, Deutschland von den Wegen abzuführen, die es im eigenen nationalen Interesse gehen mußte. Heute werden auch diejenigen Schichten der Bevölkerung, die mit lebhaftem Anteil dem Vormarsch der Sowjettruppen gefolgt sind, der deutschen Regierung dafür danken, daß sie, unbeirrt durch Phantasmagorien ihren geraden Weg verfolgte. Vielleicht ist auch heute noch die Gefahr nicht ganz überwunden. Jedenfalls haben wir Anstrengungen gesehen, um die Arbeiter vor den russischen Kriegswagen zu spannen. Der gesunde Geist unseres Volkes, das ist meine feste Zuversicht, wird sich stark genug erweisen, um diesen Versuchungen auf die Dauer zu begegnen.

Unsere Abrüstungsmaßnahmen

gehen ihren geordneten Gang. Wir haben uns genau an das halten müssen, was uns auferlegt ist. Einen deutschen Militarismus gibt es nicht mehr. Dagegen besteht wohl ein Anspruch Frankreichs auf die Hegemonie auf dem Kontinent, das haben die Ziffern gelehrt, die neulich über Frankreichs Heeresstärke mitgeteilt wurden. Es ist eine gewaltige Militärmacht, verstärkt durch die Rechte aus der Militärkonvention mit Belgien und aus dem engen Verhältnis zu Polen. Daß alle diese militärischen Entfaltungen notwendig waren, um das zerschmetterte Deutschland niederzuhalten, das wird die Welt nicht mehr allzu lange glauben. Von deutscher Seite besteht jedenfalls kein Hindernis mehr, um dem großen Gedanken der Abrüstung überall zum Siege zu verhelfen. Wir warten darauf, daß die großen Militärmächte von heute dem Beispiel folgen, das wir nach ihrem Willen kundgegeben haben. Nach den Bedingungen des Friedensvertrages soll die deutsche Abrüstung nur die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung sein. Wir haben ein Recht darauf, daß im Geiste dieser Bestimmungen gehandelt wird. Hierauf wandte sich der Reichskanzler

wirtschaftlichen Fragen

zu. Er besprach die Kohlenfrage, diese harte Prüfung, die unserem Wirtschaftsleben auferlegt ist. Ganz Frankreich ist überreichlich mit Kohlen versorgt, dagegen blies der uns ein Hochofen nach dem andern ausgeblasen. Wohin wir auch blicken, überall die schwersten Bedrängnisse. Ferner gedachte der Reichskanzler der Okkupation. Ich kenne die geradezu trostlosen Zahlen, bemerkte er, die ziffernmäßig den Aufwand darstellen, den wir für die Okkupation zu leisten haben. Geht es so weiter, so frißt der französische Militarismus mit dem Rest des deutschen Wohlstandes auch die letzten Hoffnungen Frankreichs auf Reparation auf. Dann erörterte der Reichskanzler die Frage der Reparation, die auf einer neuen Konferenz verhandelt werden soll. Diese Zusage wurde uns in Spa gegeben, aber bis heute warten wir noch auf ihre Erfüllung. Inzwischen sind Verhandlungen eingeleitet worden, deren Gang und Ergebnis uns darüber aufklären wird, ob diese wichtige Frage, die entscheidend für das Wirtschaftsleben von ganz Europa ist, im Sinne einer Verständigung einer Lösung nahegebracht werden soll. Jedenfalls bringen wir zu ihr den guten Willen mit, der dann allerdings vergeblich eingesetzt wäre, wenn auf der anderen Seite auch nur entfernt die Forderungen aufrecht erhalten würden, die sich in geradezu phantastischem Umfange in der letzten Zeit angekündigt haben. Die sich dann anschließenden Ausführungen des Reichskanzlers galten der

oberschlesischen Frage.

Das Schicksal Oberschlesiens harrt noch der Entscheidung, erklärte er. Der polnische Vergrößerungswahn, der nach allen Seiten aggressiv vorgeht, bemüht sich mit den brutalsten Mitteln um diesen alten deutschen Besitz. Vielfach besteht die Sorge, daß Kräfte am Werke sind, die den Versuch machen, die unbeeinflußte Entscheidung der Bevölkerung auszuschalten und das Land durch einen Gewaltakt in polnischen Besitz zu überführen. Unsere Landleute in Oberschlesien werden aber wohl fest sein, so hoffen wir zuversichtlich, in der Treue zum Reich. Den besonderen Verhältnissen Oberschlesiens werden wir Rechnung tragen. Dem Reichstag wird demnächst ein Gesetzentwurf zugehen, der der oberschlesischen Bevölkerung das Recht einräumt, in unbeeinflußter Abstimmung über ihre bundesstaatliche Selbständigkeit zu beschließen. Als Bestandteil Polens würde Oberschlesien die Aufgabe zufallen, die Wirtschaft und die Finanzen dieses Staates zu sanieren, dem die eigentlichen Grundlagen des wirtschaftlichen und finanziellen Aufbaues fehlen.

Hierauf gedachte der Reichskanzler der Ernährungskrise. Es wird vieler Mühe bedürfen, um unserer Bevölkerung über die Schwierigkeiten des Winters hinwegzuhelfen. Die Angriffe, als trage das gegenwärtige Kabinett die Schuld daran, sind völlig falsch. In der Reichspolitik hat dieses Kabinett lediglich die Erbschaft eines Vorgängers übernommen. Der Reichskanzler richtete hier an alle Landwirte die Mahnung, das ihre zu tun, damit unser Volk auch diesen Winter glücklich übersteht. Wer den Hunger des Volkes in Gold ausmünzt, schafft sich Teufelsgold. Ein Teil unserer Bevölkerung hat leider den Lehren der russischen Terroristen das Ohr geöffnet. Ich glaube trotz der Hallenser Mehrheit für den Anschluß an die dritte Internationale, daß nur ein kleiner Teil des deutschen Volkes Neigung haben wird, die russische Methode am deutschen Volke fortzusetzen. Unsere Aufgabe aber wird es sein, diese Methode der Gewalt mit allen Mitteln abzuwehren. Wir werden alles daran setzen, von unserem Volke das Unglück des Bürgerkrieges fernzuhalten. Wir werden der Gewalt des Unrechts die auf dem Rechte basierende Gewalt des Staates entgegensetzen.

Am Schlusse seiner Ausführungen erklärte der Reichskanzler, das Kabinett hat alle Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik erörtert. Das Programm geht dahin, in Industrie und Landwirtschaft alle Kräfte zur Wiederherstellung der deutschen Arbeitsfähigkeit mobil zu machen und den höchsten Nutzeffekt zu erzielen. Der Kanzler kündigt die Vorlage des Gesetzes zur Kohlensozialisierung und die Ergänzungswahlen zum Reichstag an und schloß mit Hinweis auf das Zusammengehörigkeitsgefühl des deutschen Volkes, das alle Absplitterungsversuche verhindern werde.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth.

Alsdann sprach ebenfalls vom Rednerpulte aus der Reichsfinanzminister Dr. Wirth. Er behandelte zuerst die Brüsseler Konferenz, sprach dann über die Beschaffung von Lebensmitteln aus Reichsgeldern, erörterte die Forderung der Beamten und ließ dann die Ziffern des Haushaltes vorüberziehen. Hierbei erwähnte er, daß bis Ende des Rechnungsjahres sich die Schuld des Reiches um etwa 40 Milliarden Mark erhöhen wird. Das uns aufgezwungene Söldnerheer steht der uns so notwendigen Sparsamkeit geradezu entgegen. In der Vorkriegszeit betrugen die Gesamtkosten für einen Soldaten 1200 Mark, gegenwärtig 24 600 Mark. Ferner behandelte der Reichsfinanzminister die Forderungen des Friedensvertrages. Die Verpflichtungen und Leistungen sind so ungeheurer Natur, daß diese Forderungen den ordentlichen Haushalt um ein Drittel übersteigen. Solche Leistungen kann kein Staat ertragen. Es gibt keinen Finanzminister in der Welt, der sich anheischig machen möchte, diese großen Lasten neben dem Inlandbedarf durch Steuern aufzubringen. Es handelt sich hier um eine direkte Unmöglichkeit.

Die Kosten für die Okkupation

sind mit 15 Milliarden angesetzt. Nach gewissen Nachrichten wird sich diese Summe noch um viele Milliarden erhöhen. Darum werden wir alles daran setzen, uns gegen dieses erbarmungslose Schicksal zu wehren und es zu meistern versuchen. Der Weg zur Gesundung der Reichsfinanzen kann nur über die Auseinandersetzungen betreffs der Wiedergutmachung führen. Am Schlusse besprach der Minister die Fehlbeträge der Eisenbahnverwaltung in Höhe von 16 Milliarden und der Postverwaltung in Höhe von 2 Milliarden. Hierbei wies er darauf hin, daß diese Betriebsverwaltungen auch Kräfte beschäftigen müssen, die für die Betriebe nicht notwendig sind. Eine solche Politik, bemerkte der Reichsfinanzminister, scheint mir verkehrt zu sein. Sie hat auch eine schädigende psychologische Wirkung. Außerdem leiden die Betriebsverwaltungen außerordentlich an der schematischen Durchführung des Achtstundentages. Von rechts her ertönte dazu lebhafte Zustimmung. Es muß gefordert werden, daß mindestens acht Stunden gearbeitet wird und nicht bloß eine Anwesenheit von acht Stunden. Es komme jetzt weniger darauf an, neue Steuern zu schaffen, als darauf, daß die bisher bewilligten ordentlich eingehen. Als er dabei erwähnte, daß er keinen Schritt tun würde, um sich bei den Parteien beliebt zu machen, fragte der Abg. Mittelmann, wie ist es mit dem früheren Finanzminister? Ich kann Ihnen versichern, antwortete der Reichsfinanzminister Dr. Wirth, daß auch vor seiner Person die Untersuchung nicht haltmachen wird.

Ferner betonte der Redner, daß es notwendig werden könnte, ein allgemeines Arbeitsdienstjahr einzuführen.

Ein solches wird infolge des Diktates von Versailles auf die Dauer nicht umgangen werden können. Als Volk werden wir viele Jahre Fronarbeit leisten müssen. Hoffentlich werden wir uns durch das Stahlbad nur kräftigen und verjüngen. Verzweiflung darf nicht in unsere Gemüter einziehen. Über die Gräber unserer Gefallenen müssen wir vorwärts schreiten, dem Lichte und der Freiheit entgegen.

Damit schloß der Reichsfinanzminister und damit schloß auch die Sitzung.

England verzichtet!

Erste Durchlöcherung des Versailler Vertrages.

Die erste Durchlöcherung des unmöglichen Friedensvertrages von Versailles ist erfolgt und zwar durch England. Die Reichsregierung gibt nämlich amtlich folgendes bekannt:

Mit Bezug auf § 18 der Anlage 2 zu Artikel 244 Teil VIII des Friedensvertrages, der lautet: „Die Maßnahmen, zu denen die alliierten und assoziierten Regierungen, falls Deutschland vorsätzlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, berechtigt sind und die Deutschland sich verpflichtet, nicht als feindselige Handlungen zu betrachten, können in wirtschaftlichen und finanziellen **Sperr- und Vergeltungsmaßnahmen**, überhaupt in solchen Maßnahmen bestehen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten", hat die großbritannische Regierung dem Auswärtigen Amt eine Note zugehen lassen, nach welcher sie für den Fall einer vorsätzlichen Nichterfüllung **der deutschen Verpflichtungen** unter Teil VIII des Friedensvertrages nicht beabsichtigt, von dem ihr nach § 18 der Anlage 2 zu diesem Teil des Vertrages zustehenden Rechte zur **Beschlagnahme des Eigentums deutscher Staatsangehöriger in Großbritannien** Gebrauch zu machen. Weiter wird mitgeteilt, daß dieser Verzicht sich auf in Großbritannien oder britischer Gewalt befindliches deutsches Eigentum bezieht. Ob dieses nun in Bankguthaben, oder in auf britischen Schiffen befindlichen Waren, oder in nach Großbritannien zum Verkauf gesandten Waren besteht.

Es bedeutet ein wertvolles Zugeständnis der englischen Regierung, daß sie das unter britischer Staatshoheit befindliche deutsche Eigentum nicht zu irgendwelchen Vergeltungsmaßnahmen heranziehen will, selbst dann nicht, wenn eine vorsätzliche Nichterfüllung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen vorläge.

Paris entrüstet sich!

Das englische Entgegenkommen in bezug auf die Behandlung deutschen Eigentums in England läßt den Gegensatz zwischen London und Paris von neuem zutage treten: die französische Presse ist über den englischen Schritt entrüstet. Nach dem „Echo de Paris" hat die französische Regierung die Absicht, dagegen bei dem englischen Ministerium des Äußern zu protestieren und die Botschafterkonferenz mit der Frage zu beschäftigen, ob denn der Vertrag von Versailles nicht auch ein Vertrag unter den Alliierten und nicht bloß ein Vertrag der einzelnen Alliierten mit Deutschland sei.

Um die Wiedergutmachungsfrage.

„Entgegennahme der deutschen Vorschläge."

Wie die offiziöse Pariser Presse versichert, hat die letzte Note Frankreichs an England über den Weg, auf dem die deutsche Kriegsentschädigung festzustellen ist, folgenden Inhalt:

1. Es wird eine Sachverständigen-Konferenz der Hauptmächte, Belgien eingeschlossen, einberufen, die von dem Wiedergutmachungsausschuß berufen wird und die deutschen Vorschläge (Proposals), die von den deutschen Sachverständigen vorzulegen sind, untersucht; 2. der Wiedergutmachungsausschuß macht auf Grund dieser Konferenz einen Bericht an die alliierten Regierungen; 3. die alliierten Regierungen prüfen diese Berichte auf der Konferenz in Genf; 4. die deutschen Vertreter werden dorthin berufen, um, wie in Spa, zum Thema gehört zu werden. Sachverständige nehmen an diesen Beratungen teil.

Weiter heißt es in der Note: 5. Das Ergebnis der Konferenz von Genf geht wieder an die Wiedergutmachungskommission; 6. die Wiedergutmachungskommission, die bereits im Besitz der Schadenaufstellungen der verschiedenen Regierungen ist, kann nunmehr ihre endgültige Stellungnahme vornehmen; 7. diese letzte Entscheidung geht an den Obersten Rat, der von ihr Kenntnis nimmt und entscheidet, welche Maßnahmen zu einer Konferenz zu treffen sind.

Geldzahlung oder Sachleistung?

Nach einem Pariser Bericht der „Newyorker Tribune" werden die Verbündeten bei der im Dezember stattfindenden Konferenz des Obersten Rates wahrscheinlich von Deutschland Sicherheiten fordern, wie Zoll- und Steuereinkünfte und Eisenbahnen, gegebenenfalls Besetzung weiteren deutschen Gebietes. Dann werde Frankreich bereit sein, der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zuzustimmen. Da eine endgültige Einigung der Alliierten über die Wiedergutmachung noch nicht vorliegt, sind Meldungen, wie die obenstehende, zumindest als verfrüht, wahrscheinlich aber als tendenziös anzusehen.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 28. Oktober.

Ehrenerklärung für Hermes.

Berlin. Kurz vor der Wiedereröffnung des Reichstags sind die Fraktionsvorstände der Regierungsparteien zusammengetreten. Sie nahmen eine Resolution an, in der sie einstimmig die persönliche Ehrenhaftigkeit des Reichsernährungsministers feststellen.

Die französische Gesandtschaft in Bayern.

Paris. Havas erklärt, daß die Meldung mehrerer deutscher Blätter, daß der bevollmächtigte Minister Frankreichs in München, Dard, nicht auf seinen Posten zurückkehren werde, keineswegs den Tatsachen entspreche.

Frankreichs Militarismus.

Paris. Kriegsminister Lefèvre erklärte, daß die Gesetzvorlage über die Armeeorganisation einen Gesamtentwurf von verschiedenen Vorschlägen bilde, die im Laufe der Verhandlungen noch erweitert werden könnten. Der Minister wünscht eine Anzahl langfristiger Dienstverpflichtungen, für die er 100 000 bis 150 000 Mann für notwendig erachtet. Dann würde Frankreich in Wahrheit eine bewaffnete Macht darstellen, und die zweijährige Dienstzeit könnte herabgesetzt werden.

Wilsons Nachfolgerschaft.

Newyork. In der Stadt Newyork steht man dem Wahlkampf teilnahmslos gegenüber; auch sonst fast überall im Lande findet dieser wenig Widerhall, da die Wähler sich seit langem entschieden haben und der Progaganda der beiden Parteien wenig Interesse entgegenbringen. Unsicher ist der Wahlausfall nur in den Staaten Missouri, Maryland, Kentucky, Oklahoma, wo der Kampf recht heftig ist. Im allgemeinen erscheint Hardings Wahl durchaus gesichert.

Verschiedene Meldungen.

München. Der bayerische Ministerrat hat eine neue Verordnung gegen Wucher und Schleichhandel mit verschärften Strafbestimmungen beschlossen.

Nürnberg. Der wegen Ermordung eines Schutzmannes zum Tode verurteilte Mörder Stieber aus Fürth ist hingerichtet worden. Das Urteil wurde durch Erschießen vollstreckt.

Hamburg. Wegen Lustmordes an einem fünfjährigen Knaben, der mit durchschnittener Kehle aufgefunden wurde, ist hier der 51jährige Grünkramhändler Scheldt verhaftet worden.

Königsberg i. Pr. Auf der Landstraße Goldingen—Windau wurden der Besitzer v. Balfour und sein Kutscher von mehreren maskierten Räubern überfallen und durch Messerstiche getötet.

Paris. Der ehemalige Justizminister Nail wurde von einem Automobil überfahren und getötet.

London. Im Gefängnis in Cork sind noch neun Sinnfeiner, die seit 76 Tagen hungern. Außer dem Bürgermeister von Cork ist noch ein anderer Hungerstreikender, namens Murphy, gestorben.

Warschau. Zwischen Petljura und den Bolschewisten ist ein Waffenstillstand abgeschlossen worden. Der Austausch der Ratifikationen des Übereinkommens von Riga soll in Libau erfolgen.

Warschau. In Lodz ist das Große Theater vollständig niedergebrannt. Die Verluste dürften sehr hoch sein.

Rom. Der Papst hat Kardinal Frühwirth und den Erzbischof von Köln, Schulte, empfangen.

Schluß des deutschnationalen Parteitages.

Hannover, 27. Oktober.

Unter den dem Abschluß der Verhandlungen vorhergehenden Aussprachen bedeutete diejenige des Grafen Kanitz-Podangen das Kernstück. Sie schloß mit der Annahme folgender von Graf Kanitz eingebrachten Resolution:

„Die Deutschnationale Volkspartei ist nach wie vor unerschütterlich für Erhaltung einer lebensfähigen produktionsfördernden Landwirtschaft als des wichtigsten Faktors für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft, die nicht zum geringsten Teile infolge der durch die Zwangswirtschaft bewirkten Unterernährung breiter Volksmassen niedergebrochen ist. Die Deutschnationale Volkspartei wird mit allen Kräften darauf hinwirken, daß der Landwirtschaft wieder die Möglichkeit gegeben wird, intensiv zu wirtschaften, d. h. dem Boden die größtmöglichsten Erträge abzuringen. Auf die reichliche Belieferung mit Kunstdünger und Futtermitteln wird das Hauptaugenmerk aller an dem Wiederaufbau Deutschlands beteiligten führenden Persönlichkeiten und Körperschaften zu richten sein. Siedlungen müssen in den Gegenden errichtet werden, in denen der kleine Bauer als der unentbehrliche Träger einer deutschnationalen Gesinnung nicht genügend vertreten ist. Der rein mechanischen Aufteilung des Großgrundbesitzes als die Massen der Großstädte und Industriezentren versorgenden ist entgegenzuwirken. Die neuerdings vielerorts in Erscheinung tretenden Bestrebungen, das Interesse der Landarbeiter an der Steigerung der Produktion durch Gewinnbeteiligung zu beleben, sind aufs lebhafteste zu begrüßen und zu fördern. Erst dadurch, daß die großen und kleinen Besitzer der Landwirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sich die Hand reichen zum gemeinsamen Aufbau, wird die Grundlage geschaffen werden für ein neues glückliches Deutschland."

In der dem Geschäftsbericht des Parteivorstandes folgenden Aussprache wurde vom Professor Otto, München angeregt, den dritten Parteitag in München abzuhalten. Verschiedene Änderungen der Parteisatzung wurden angenommen, denen zufolge jeder Deutsche vom 18. Lebensjahre an Mitglied werden kann. Zur Annahme gelangte ferner eine Entschließung gegen die Vergewaltigung der deutschen Kolonien. Nach einer Reihe von kleinen Anfragen schloß der Vorsitzende die Tagung mit den Worten: „Sie guet deutsch alleweg".

Preußische Landesversammlung.

(169. Sitzung.) tt. Berlin, 27. Oktober.

Das Haus ist äußerst schwach besetzt. Der Entwurf über weitere Beihilfen für Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände, durch den 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, wird dem Hauptausschuß überwiesen. Die allgemeine Verfügung über die Dienstverhältnisse der Justizsekretäre und der Registratoren geht an den Rechtsausschuß. Darauf wird die zweite Beratung des Haushalts beim Haushalt der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt.

Abg. Wiglor (Dem.) verbreitet sich über das Genossenschaftswesen, über die Nöte des Handwerks und befürwortet den Zentrumsantrag, die Gewerbesteuern nicht zu übersteigern.

Das Ende der Kleinstaaten.

Verschmelzung mit Preußen.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, dürften die Bestrebungen einer Reihe mitteldeutscher Staaten auf Verschmelzung mit Preußen in absehbarer Zeit verwirklicht werden. In Thüringen, Anhalt, Lippe und Braunschweig ist man zur Erkenntnis gekommen, daß die Kleinstaaten auf die Dauer nicht lebensfähig sind und aus Ersparnisgründen eine Verschmelzung mit Preußen zu betreiben sei. Die Verwaltungskosten der Kleinstaaten bedeuten für sie eine starke Belastung, die zum finanziellen Ruin führen muß. Die

---

Contessa Jolandas seltsame Heirat.

Ein Roman aus der römischen Gesellschaft.
Von A. Boettcher.

44) (Nachdruck verboten.)

Signora Toselli nimmt die Nachricht von der Verlobung ihrer Tochter mit geheimem Bangen auf. Auch gefällt ihr die Generosität des Fürsten nicht.

„Kein Mann ist gegen Geld ganz unempfindlich — auch, wenn er noch so reich ist," meint sie kopfschüttelnd.

„Du solltest Dich über mein Glück freuen, Mutter!" erwidert Jolanda, ihre eigene Unbehaglichkeit abschüttelnd. „Anstatt dessen läßt Du den Kopf hängen."

Und die brave Lehrerswitwe schweigt und schluckt ihre weiteren Bedenken hinunter, um die Tochter nicht unnötig aufzuregen. Was geschehen ist, ist eben geschehen; daran gibt es nichts zu ändern.

Die ganze römische Gesellschaft befindet sich in einem fieberhaft erregten Zustand. Die Verlobung des Fürsten Boris Barsescu mit der schönen Contessa Jolanda Millefiore bildet das Tagesgespräch. Man überschüttet die junge Braut mit Lob, Schmeicheleien und Huldigungen jeder Art — ein Wunder, daß sie nicht völlig den Kopf verliert.

Jolanda steht auf dem Zenith ihrer Popularität. Jedes illustrierte Journal bringt das Portrait der zukünftigen „Fürstin Barsescu", mit einer kurzen Biographie, und der gute selige Paolo Toselli, der einfache Lehrer von Frascati, hat es sich gewiß nie träumen lassen, daß sein Name einst gedruckt in alle Häuser Roms und weit darüber hinaus wandern würde.

Die Einladungen zur Hochzeit erstrecken sich auf fast alle Personen von bedeutendem Namen und Rang. Der fürstliche Bräutigam hatte gewünscht, daß die Hochzeitsfeierlichkeit, die zwischen Ostern und Pfingsten fällt, das größte Ereignis und zugleich den Abschluß der Wintersaison bildet. Nun taumelt Jolanda vorher noch von Vergnügen zu Vergnügen, da zu Ehren des erlauchten Brautpaares alle möglichen Diners und Soupers gegeben werden. Ihr Trousseau veranlaßt eine wahre Völkerwanderung. Solche Spitzen, solche Stickereien, solche Seiden- und Samtgewebe, solche Kostüme, solche wunderbare harmonische Zusammenstellungen von Farbe und Stoff hat man noch nie vorher gesehen.

Trotz des Taumels, in dem Jolanda sich befindet, fällt es ihr doch auf, daß ihr Bräutigam niemals mit ihr über ihre gemeinsame Zukunft spricht. Einmal faßt sie sich ein Herz und wagt eine diesbezügliche Anspielung.

„Sie scheinen mehr der Gegenwart zu leben als der Zukunft, Fürst Barsescu —"

Er ist ersichtlich für einen Moment bestürzt. Nur zögernd erwidert er:

„Vielleicht haben Sie recht. Die Zukunft ist für uns Menschen stets etwas Ungewisses. Wozu Pläne für Jahre hinaus schmieden, da keiner weiß, ob er morgen noch lebt."

Ein leiser Schauer überfliegt die junge Braut. Welch seltsame Worte für einen glücklichen Bräutigam! Trotzdem rafft sie sich zu einer weiteren Bemerkung über diesen ihr so wichtigen Gegenstand auf.

„Ich habe ja gar keine Ahnung, was wir nach unserer Vermählung zuerst beginnen, wo wir unser Domizil aufschlagen werden. Alles liegt vor mir wie ein Schleier —"

„Hoffentlich ein glänzender Schleier!" lächelt er ausweichend.

Doch heute gelingt es ihm nicht, durch nichtssagende Liebenswürdigkeiten das gewohnte Grübchenlächeln auf ihr reizendes Antlitz zu zaubern. Ernst bleibt ihr Blick.

„Verzeihen Sie, Fürst Barsescu — aber mir scheint es manchmal, als ob Sie mehr an die Hochzeitsfeierlichkeiten dächten, als an Ihre Braut selbst."

Wieder huscht ein Schatten von Bestürzung über sein Gesicht.

„Die Braut ist das kostbare Gemälde, Contessa. Die Hochzeitsfeierlichkeit nur der ihrer würdige Rahmen. Beides gehört für mich zusammen."

„Das läßt sich hören," meint sie befriedigt. „Und trotzdem habe ich noch eine Frage auf dem Herzen."

„Und die wäre?"

Tiefe Röte färbt ihr Hals und Wangen, als sie leise, verschämt flüstert:

„Lieben Sie mich denn wirklich, Boris?"

„Können Sie daran zweifeln, teuerste Jolanda?"

„Gewiß nicht. Aber — aber — —"

„Nun?"

„Sie sind so anders, wie sonst ein Bräutigam —"

In ihrer Befangenheit doppelt reizend, blickt sie ihn erwartungsvoll an.

In seinen Augen flammt es auf. Impulsiv hebt er die Arme, um das entzückende Geschöpf an seine Brust zu ziehen, die ihm willig gebotenen frischen Lippen mit heißen Küssen zu bedecken — —

Doch mit einem leisen Seufzer läßt er die Arme wieder sinken, während eine geisterhafte Blässe sein Gesicht überzieht.

(Fortsetzung folgt.)

Kleinstaaterei scheint überlebt. Selbst Groß-Thüringen kann sich in seiner neuen Staatsform nicht halten. Für Preußen bedeutet die Übernahme keine zu starke Belastung. Preußen wird auf diese Weise für seine Verluste im Osten entschädigt, und das Bestehen von 6 bis 8 großen Freistaaten im Reiche wird für die Republik als vorteilhaft betrachtet an Stelle der zahlreichen kleinen überlebten Staatsgebilde.

Repressalien gegen Polen.

Beschlagnahmung polnischer Transporte.

Die polnische Regierung hat bekanntlich in Posen über 200 deutsche Frachtschiffe und Dampfer, die im Netze-Distrikt seit Ausbruch der Revolution interniert sind, und die trotz des wiederholten Verlangens der Reichsregierung nicht zurückgegeben wurden, enteignet und zu Kriegszwecken gegen Rußland benutzt. Auf Veranlassung der Reichsregierung fanden nun über diese Angelegenheit Verhandlungen in Bromberg statt. Während man noch in Bromberg verhandelte, wurden auf Veranlassung der Warschauer Regierung zehn deutsche Fahrzeuge, die in Graudenz lagen, und die bisher noch nicht der Requisition anheimgefallen waren, von den Polen beschlagnahmt. Infolge dieser unfreundlichen Haltung der polnischen Behörden hat die deutsche Regierung zunächst die für Polen bestimmten Transporte Superphosphat aus Schweden, die in Stettin eingetroffen waren, angehalten, um einen Druck auf Polen ausüben zu können. Da das schwedische Superphosphat von den Polen dringend benötigt wird, haben die zivilen polnischen Behörden in Bromberg erklärt, daß sie ihrerseits alles tun wollen, um von den militärischen Stellen eine Aufhebung der Schiffsrequisitionen zu erlangen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Verschleppung der Abstimmung in Oberschlesien.** Aus Paris wird gemeldet, daß die Franzosen auf dem Botschafterrat sich für den polnischen Antrag verwendet hätten, die Volksabstimmung in Oberschlesien erst in der ersten Aprilwoche 1921 stattfinden zu lassen.

✚ **Amerika für Rückgabe der deutschen Kabel.** Auf der Washingtoner Verkehrs-Konferenz stellten die Amerikaner den Antrag, die deutschen Kabel an Deutschland zurückzugeben. Der Antrag wurde von den englischen Abgeordneten aufs schärfste bekämpft. Die Engländer sind der Ansicht, daß eine Fortsetzung der Konferenz zwecklos sei, wenn in diesem Punkt keine Einigung zu erzielen ist.

✚ **Das Autonomiegesetz für Oberschlesien,** das Oberschlesien das Recht verleiht, nach der Abstimmung im Falle des Verbleibens bei Deutschland einen Antrag auf Autonomieverleihung zu stellen, wird vom Reichsrate in den nächsten Tagen angenommen werden. Die meisten Parteien des Reichstags werden diesem Entwurfe zustimmen. Man nimmt an, daß Oberschlesien im preußischen Verbande bleiben wird, aber eine besondere erweiterte Selbstverwaltung erhält.

✚ **Das teuere Söldnerheer.** Armee und Marine kosten dem Deutschen Reiche trotz ihrer Winzigkeit jetzt jährlich 4,896 Milliarden Mark. Vor dem Kriege kostete uns einschließlich aller Verwaltungskosten der Soldat im Jahre 1200 Mark, jetzt 24 600 Mark.

✚ **Ausführungsgesetz zum Betriebsrätegesetz.** Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat auf eine Kleine Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Giebel, wann das Gesetz über die Entsendung von ein bis zwei Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat erfolgen werden würde, folgendes geantwortet: „Der Vorentwurf eines Ausführungsgesetzes zu § 70 des Betriebsrätegesetzes ist im Reichsarbeitsministerium fertiggestellt und wird in allernächster Zeit mit den wirtschaftlichen Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besprochen werden."

✚ **Erweiterung der Rechte des preußischen Finanzministers.** Der Hauptausschuß der Preußischen Landesversammlung hat zum Haushalt des Finanzministeriums für das Rechnungsjahr 1920 folgenden Antrag angenommen: „Die Staatsregierung zu ersuchen, dem Finanzminister in erhöhtem Maße das Recht und die Möglichkeit zu geben, die von anderen Ministern angemeldeten Geldforderungen, soweit diese nicht auf Beschlüssen der Landesversammlung oder auf rechtlichen Verpflichtungen beruhen, mit Erfolg zurückzuweisen, wie dies entsprechend für den Reichsfinanzminister durch die vom Reichskabinett am 9. Oktober 1920 beschlossenen Grundsätze geregelt ist."

✚ **Zusammenlegung der Wahlen.** Bekanntlich hat der Wahlausschuß der Preußischen Landesversammlung einen Unterausschuß beauftragt, mit einem entsprechenden Ausschuß des Reichstages in Verbindung zu treten, um gemeinsam mit ihm über die Grundzüge der künftigen, für das Reich und Preußen durchzuführenden Wahlgesetze Fühlung zu nehmen. Wie es heißt, besteht die Absicht, bei dieser Gelegenheit auch zu einer gemeinsamen Festlegung des Wahltermins zu kommen, um auf diese Weise die Preußenwahlen und die Nachwahlen im Reichstage gleichzeitig durchführen zu können.

✚ **Was Moskau uns prophezeit!** Die Petersburger bolschewistische „Prawda" begrüßt in einem spaltenlangen „Der Sieg von Moskau" überschriebenen Artikel das Ergebnis des Halleschen Parteitages, prophezeit Deutschland einen „roten revolutionären Winter" und den Sieg der deutschen proletarischen Revolution.

✚ **Ein Vortrag Escherichs verboten.** Der bekannte Forstrat Escherich wollte in Breslau in den Jahrhundertsälen sprechen; der Oberpräsident hat jedoch die Versammlung verboten und scharfes Vorgehen gegen die Orgesch versprochen. Escherich hat gegen das Verbot Klage im Verwaltungsstreitverfahren erhoben.

✚ **Ein Organ der Neukommunisten.** Unter dem Titel „Die Internationale" ist in Berlin das angekündigte Blatt der Neukommunisten erschienen. Es trägt am Kopf die Bezeichnung „Zentralorgan der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands". Dies, obwohl in dem Leitartikel von Ernst Däumig als das Ziel des Blattes angekündigt wird: „Diese Zeitung soll eine Etappe sein auf dem Wege, der so schnell als möglich zur Schaffung einer „Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands" führen soll."

Litauen.

✖ **Fortsetzung der polnischen Angriffe.** Polnische Infanterie- und Kavallerie-Abteilungen, die von Panzerzügen mit Schnellfeuergeschützen unterstützt wurden, unternahmen einen starken Angriff gegen die litauischen Stellungen an der Eisenbahnlinie Landwarowo-Orany. Nach fünfstündigem blutigen Kampf wurden die Litauer gezwungen, sich vor dem übermächtigen Feinde drei Kilometer zurückzuziehen, nachdem sie diesem schwere Verluste zugefügt hatten.

Griechenland.

✖ **Die Regelung der Thronfolge.** Der griechische Ministerrat hat eine Proklamation an das Volk gerichtet, in welcher dem Schmerze der Nation über die „verlorene Jugend des guten Königs" Ausdruck gegeben wird, dem es nicht vergönnt war, über Groß-Griechenland zu regieren. Die Proklamation teilt mit, daß Prinz Paul zur Thronfolge berufen wird, daß jedoch wegen seiner Abwesenheit vom Lande und angesichts der Lage der Nation gegenüber der Dynastie des Exkönigs Konstantin die Regierung die aufgelöste Kammer wieder einberufen werde, um einen Regenten zu ernennen.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 29. Oktober.

Sonnenaufgang	6^{52}	Mondaufgang	6^{00} N.
Sonnenuntergang	4^{35}	Monduntergang	8^{55} V.

1841 Rechtslehrer Rudolf Sohm geb. — 1914 Die Russen eröffnen die Feindseligkeiten gegen die Türkei. — 1918 Bildung des deutsch-österreichischen, tschechischen und südslawischen Staates.

□ **Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.** Im Landwirtschaftsministerium hat eine Besprechung über die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche stattgefunden. Die Konferenz faßte folgende Beschlüsse: 1. Zur Verhinderung von Todesfällen durch bösartige Maul- und Klauenseuche ist sofort in größtem Umfange von dem Impfverfahren mit Blut oder Serum durchseuchter Tiere Gebrauch zu machen. 2. Sämtlichen Tierärzten ist Gelegenheit zu geben, das Verfahren kennenzulernen. 3. Zu diesem Zweck sind an den Tierärztlichen Hochschulen, den bakteriologischen Instituten der Landwirtschaftskammern, an größeren Schlachthöfen und anderen geeigneten Instituten Demonstrationskurse über das Verfahren abzuhalten. 4. Über das Verfahren ist ein Merkblatt aufzustellen und allen Tierärzten zugänglich zu machen. 5. Die beamteten Tierärzte sollen den Instituten geeignete Bestände zur Blutentnahme nachweisen, damit sie in diesen Beständen Blut entnehmen und dieses Blut oder Serum zur Abgabe an Tierärzte vorrätig halten können. 6. Durch die Landwirtschaftskammern und durch Aufruf in landwirtschaftlichen Zeitungen sind die Landwirte aufzufordern, ihre durchgeseuchten Viehbestände zur Blutgewinnung zur Verfügung zu stellen. 7. Die Impfung mit Serum ist ausschließlich durch Tierärzte auszuführen. Jeder Tierarzt kann zum eigenen Gebrauch Serum herstellen, darf aber hiervon an andere Tierärzte nur unentgeltlich abgeben. Die Regierungspräsidenten sind ersucht worden, im Sinne dieser Beschlüsse umgehend das Erforderliche zu veranlassen.

Warmbrunn.

* **Stadttheater Hirschberg.** Am Freitag findet abends $7^1/_2$ Uhr wiederum ein Gastspiel von Frau Minna Richter-Sorel, vom Zentral-Theater in Chemnitz in der Posse mit Gesang „Er und seine Schwester", statt.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 schweizerische, belgische und französische Frank 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief" = angeboten; „Geld" = gesucht.)

Börsenplätze		27. 10. Geld	27. 10. Brief	26. 10. Geld	26. 10. Brief	Stand 1. 8. 14
Holland	Gulden	2187,80	2192,20	2122,85	2127,15	170 Mk.
Dänemark	Kronen	989,—	961,—	956,50	958,50	112 „
Schweden	Kronen	1388,60	1391,40	1348,65	1351,35	112 „
Norwegen	Kronen	981,50	983,50	948,05	949,95	112 „
Schweiz	Frank	—	—	1096,40	1098,60	72 „
Amerika	Dollar	—	—	69,30½	69,44½	4,40 „
England	Pfund	249,75	250,25	241,12	241,62	20,20 „
Frankreich	Frank	—	—	448,55	449,45	80 „
Belgien	Frank	—	—	473,50	474,50	80 „
Italien	Lire	—	—	261,20	261,80	80 „
Dt.-Österreich	Kronen	23,59½	23,65½	23,59½	23,65½	85 „
Ungarn	Kronen	16,73	16,77	16,23	16,27	85 „
Tschechien	Kronen	83,90	84,10	83,40	83,60	85 „

Berliner Produktenverkehr am 27. Oktober. Nichtamtlich sind folgende Preise in Berlin ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Speiseerbsen, Viktoriaerbsen 290—315 Mark, kleine gelbe und grüne 220—250 Mark, Futtererbsen 170—185 Mark, Peluschken 170—177 Mark, Ackerbohnen 170—182 Mark, Wicken 150—170 Mark, Lupinen 80—90 Mark, Raps 470—480 Mark, Rübsen etwa 5—10 Mark darunter, Leinsaat 410—430 Mark, Mohn 600—680 Mark, Dotter ——, — Mark, Senfsaat 200—240 Mark, Hirse inländische —,— Mark, Trockenschnitzel 77—81 Mark, Torfmelasse 67—69 Mark, Häckselmelasse —,— Mark, Haferhalmmelasse —— Mark, Wiesenheu, lose 31—35 Mark, Kleeheu 39—43 Mark, Stroh, drahtgepreßt 24—26 Mark, gebündelt 22,— bis 24,— Mark, Serradella, alte, 70 bis 80 Mark, neue 100—118 Mark, Mais, lose, loko, 196—197 Mark, November 188 Mark, Dezember 183 Mark, frei Kahnwaggon Hamburg-Bremen, jugoslawischer, schwimmend, September-Abladung, 174—175 Mark, Oktober 173—174 Mark, waggonfrei Passau, Reis, Brasilvollreis, loko, 9,20 Mark, November 8,90 Mark, Burma, loko, 10,40, feiner weißer 10,65 Mark, Saigon, loko, 9 Mark, Oktober-November 8,65 Mark, Valencia 11,75 Mark.

✖ **Kontrolle von Fleisch- und Viehhandel.** Trotz der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Vieh und Fleisch bedarf es jetzt auch noch bei jeglicher Ausfuhr von Vieh und Fleisch der Genehmigung. In gleicher Weise ist die Einfuhr aus dem Auslande genehmigungspflichtig. Jeglicher gewerbsmäßiger Handel mit Rindvieh (auch Kälbern), Schweinen und Schafen sowie die Vermittlung des Verkaufs solchen Viehs bedürfen der Genehmigung. Das gleiche gilt für den gewerbsmäßigen Verkauf von Frischfleisch im Kleinhandel durch Personen, die nicht den Meistertitel besitzen. In allen Kleinverkaufsräumen ist ein Verzeichnis der Fleischsorten und ihrer Preise anzubringen. Diese dürfen nicht überschritten werden, außerdem unterliegen sie hinsichtlich ihrer Angemessenheit ständiger behördlicher Überwachung. Nach § 8 der Verordnung vom 19. September 1920 haben Viehhändler, Viehkommissionäre und Schlächter, soweit diese Vieh für ihren Gewerbebetrieb unmittelbar beim Viehhändler ankaufen, über jeden Kauf einen Schlußschein in dreifacher Ausfertigung auszustellen. Die Nichterfüllung dieser Verpflichtung ist strafbar.

✖ **Staffeltarif im Güterverkehr.** Nach Mitteilungen von amtlicher Stelle ist jetzt mit dem Inkrafttreten der Reform des Güterverkehrs am 1. Dezember zu rechnen. Mit dieser Reform wird zum ersten Male ein Staffel- oder Zonentarif für den Güterverkehr eingeführt werden. Während bisher das Kilometer bei einer Entfernung von 50 oder 500 Kilometer das gleiche kostete, ist in der Reform eine nicht unwesentliche Erhöhung des Kilometers bei kurzen und eine entsprechende Herabsetzung bei weiten Entfernungen vorgenommen. Ein Güterfrachtenausgleich soll dazu beitragen, die Überschüsse der entfernten, namentlich östlichen Produktionsgebiete, in stärkerem Maße für die Bedarfszentren herauszuholen als bisher. Außerdem wird der Unterschied der Preise der einzelnen Lebensmittel, z. B. der Kartoffeln, in den einzelnen Bedarfsarten, die sich nach den Erzeugerpreisen wesentlich nach den Frachtsätzen richten mußten, abgeschwächt.

✖ **Die Kohlenproduktion an der Saar.** Nach einer Statistik der französischen Grubenverwaltung belief sich im Monat September die Förderung von Kohlen auf den vom französischen Staat ausgebeuteten Saargruben auf 795 267 Tonnen (im August 683 042 Tonnen), auf der an eine französische Aktiengesellschaft verpachteten Grube Frankenholz auf 16 043 Tonnen (im August 16 638 Tonnen), somit insgesamt auf 811 310 Tonnen (702 680 Tonnen im August). Die mittlere Förderleistung pro Tag betrug bei 26 Arbeitstagen 31 204 Tonnen gegen 28 107 Tonnen im August. Die Gesamtförderung auf den Saarkohlengruben im Jahre 1919 erreichte 8 970 848 Tonnen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Das Urteil gegen die Hölzgardisten.** Das Dresdener Schwurgericht fällte das Urteil gegen acht Anhänger des vogtländischen Räuberhauptmanns Hölz, die auf Befehl ihres Führers in Falkenstein im Vogtlande fünf Villen in Brand gesteckt hatten. Über sieben der Angeklagten wurden Zuchthausstrafen von 1½ bis 4 Jahren verhängt, der achte kam mit 9 Monaten Gefängnis davon. Die Geschworenen hatten die auf Hochverrat lautenden Fragen, die nur gestellt worden waren, um eine Freisprechung der Angeklagten zu ermöglichen, weil Hochverrat amnestiert worden ist, verneint.

§ **Die Goethe-Erben und der „Joseph"-Fund.** Die Rechtsnachfolger Goethes, Sanitätsrat Vulpius in Weimar und andere, hatten gegen den Entdecker der Handschrift des „Joseph" (einer angeblichen Jugendarbeit Goethes), Professor Dr. Piper-Altona, ferner gegen den Redakteur eines Hamburger Blattes, das Proben aus der Handschrift veröffentlichte, und den Inhaber eines Hamburger Verlages, der die Dichtung als Buch herausgebracht hat, Strafverfolgung wegen Verletzung des Urheberrechts beantragt. Die Staatsanwaltschaft in Hamburg hat es aber abgelehnt, strafrechtlich gegen die Beschuldigten vorzugehen.

§ **Die Erpressung an Direktor Gerstenberg vor Gericht.** Im Sommer vorigen Jahres wurde gegen den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Versicherungsgesellschaft „Viktoria", Direktor Gerstenberg, in Karlsbad ein Erpressungsversuch verübt, der damals großes Aufsehen erregte. Ein früherer Angestellter der „Viktoria", Matthes, der Automobilschlosser Karl Hemmann und der Reisende Franz Thiele fuhren im Kraftwagen nach Karlsbad, lockten Gerstenberg unter Vorspiegelung einer geschäftlichen Unterredung in ein Hotel und erpreßten die Unterzeichnung einer Anweisung auf 1½ Millionen Mark. Zwei der Erpresser fuhren nach Berlin; der dritte hielt Gerstenberg in seinem Zimmer fest. In einem unbewachten Augenblick gelang es Gerstenberg, aus dem Fenster auf einen Mauervorsprung zu klettern, und von da aus wurde er gerettet. Matthes hat sich bei seiner Verhaftung auf der Polizeiwache erschossen. Jetzt standen Hemmann und Thiele wegen räuberischer Erpressung und Freiheitsberaubung vor einem Berliner Schwurgericht. Der Gerichtshof verurteilte Thiele zu 5 Jahren, Hemmann zu 4 Jahren Gefängnis, beide unter Zubilligung mildernder Umstände.

§ **Großer Postscheckschwindel.** Vor dem Schwurgericht in Karlsruhe begann die Verhandlung gegen den Aushelfer beim Postscheckamt Karlsruhe Viktor von Rackow, den Kaufmann Arnold Bühler und den Gewerbelehrer Karl-Josef Hartwig, sämtlich aus Karlsruhe wegen umfangreicher Schwindeleien beim Postscheckamt. Die drei Männer fälschten etwa 60 Postscheckzahlkarten, die auf ein fingiertes Postscheckkonto lauteten. Im ganzen wurden diesem Konto über eine Million Mark zugeführt. Ehe der Schwindel entdeckt wurde, konnten die Burschen über 600 000 Mark erheben.

Süd-Tirol.

Der Kampf unserer deutschen Brüder.

Als Südtirol erfuhr, daß es rettungslos den Italienern verfallen war, erfolgte ein erfreuliches Ereignis. Der Streit zwischen den Parteien hörte auf. Die deutsch-freiheitliche und die katholische Volkspartei vergaßen ihren Hader und einigten sich zu einem „Deutschen Verband in Südtirol". Nur die Sozialdemokraten blieben abseits. Obwohl sie nicht im geringsten für die Angliederung an Welschland waren, konnten sie doch ihr Klassenbewußtsein nicht so weit zurückstellen, daß sie sich mit den Bürgerlichen geeinigt hätten.

Man hat italienischerseits den Südtirolern eine weitgehende Autonomie zugesagt. Das war ein Beschwichtigungsmittel, aber die Italiener wissen selbst nicht, was sie sich unter einer solchen Autonomie vorstellen sollen. In Italien gab es so etwas bisher nicht. In italienischen Zeitungen kann man Erklärungen lesen, dahingehend, daß im Trentino ein Statthalter mit unbeschränkter Machtbefugnis regieren solle. Man hält also Autonomie für eine Art Diktatur. Der Standpunkt der Italiener ist der, daß ganz Südtirol einmal früher italienisch gewesen wäre — die Deutschen hätten das Land bloß oberflächlich germanisiert, und das müsse nun wieder rückgängig gemacht werden. Solchen Ansichten irgendwie entgegenzutreten, ist aussichtslos, da die Entscheidung nur auf dem Wege der Gewalt gefallen ist.

Die Italiener sind im Lande zuerst recht schroff aufgetreten. Jetzt ist die Siegermiene eher einer zurückhaltenden Höflichkeit gewichen, die gegen die Brutalität der Tschechen und der Südslawen immer noch vorteilhaft absticht. Aber natürlich wird rücksichtslos der italienische Standpunkt herausgekehrt. Deutsche Beamte wurden durch Italiener ersetzt, besonders solche, die vorher sich als Irredentisten betätigt hatten. Öffentliche Schriftstücke werden lediglich italienisch abgegeben. Auf Anfragen antworten die neuen Behörden lediglich italienisch. Der Verkehr nach dem Norden wird erschwert. Ein Verein deutscher Ingenieure in Südtirol mußte seine Satzungen einreichen; er erhielt sie bald zurück mit der Weisung, das Wort „deutsch" in seinem Namen zu streichen! Die Postsparkassen, eine dortzulande sehr beliebte Einrichtung, geben nur noch italienische Zirkulare und dergleichen heraus, die natürlich das Volk nicht versteht. Im Eisenbahnwesen herrscht eine unglaubliche Verlotterung, gegen welche die früher so oft bestrittene österreichische Gemütlichkeit und Schlamperei ein Muster von Ordnung war. Die deutschen Beamten haben den Dienst eingestellt und sind meist außer Landes gezogen, trotzdem auch dort ein schweres Fortkommen zu erwarten war.

Das Auftreten der neuen Herren hat den Widerstand der deutschen Bevölkerung gegen die Verwaltung nur gekräftigt. Der alte Tirolertrotz ist noch ungebrochen. An einen bewaffneten Aufstand freilich wie zu Napoleons Zeiten kann man nicht denken; hat doch auch dieser 1809 mit einem Zusammenbruch geendet. Aber man ist entschlossen, das Deutschtum zu bewahren, bis bessere Zeiten kommen und Gelegenheit gegeben wird, das Unrecht wieder gutzumachen. Das Wort von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, mit dem die Entente moralische Erfolge erschlich, ist auch nach Tirol gedrungen, und man hofft auf eine Zeit, in der man wünschen wird, daß dieses Wort nicht bloß eine Phrase ist. Bis dahin wollen sich die Tiroler mit den Verhältnissen abfinden, so gut es geht, und im Herzen bleiben, was sie von jeher gewesen sind.

M.

Nah und Fern.

o **Luftpostverkehr Deutschland—Randstaaten.** In den neu eingerichteten Luftpostdienst Königsberg—Riga wird jetzt auch Memel einbezogen. Das Wasserflugzeug „D 43" der Deutschen Luftreederei wird dort ständig eine Landung vornehmen, um Post auszuschiffen und für Deutschland aufzunehmen.

o **Der Sitz der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.** Zwischen den Städten Dresden, Nürnberg und Stuttgart wurde seit etwa einem Jahre um den Sitz der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gekämpft. Nunmehr hat die Angelegenheit ihre Erledigung dadurch erfahren, daß keine der drei Städte berücksichtigt wird. Die Reichsversicherungsanstalt bleibt vielmehr in Berlin, wo in kurzem das neue Verwaltungsgebäude errichtet werden soll.

o **Explosion in einem Krankenhause.** Im Laboratorium des Hedwigkrankenhauses zu Berlin wurden durch die Explosion eines Gefäßes mit Benzin zwei Personen schwer verletzt. Bei den zahlreichen Kranken im Krankenhause entstand eine entsetzliche Panik. Viele sprangen aus den Betten und liefen im Hemd auf den Hof hinunter.

o **Gesperrtes Bismarckdenkmal.** Der Bismarckturm am Bergpunkt Waldeck im rheinischen Hügelland mußte gesperrt und zugemauert werden, weil zerstörungslustige Besucher alles Bewegliche im Turm gestohlen oder zerschlagen haben.

o **Ausgehobenes Falschmünzernest.** In Barmen wurde ein Falschmünzernest ausgehoben, in dem seit Jahr und Tag falsche Fünfzigmarkscheine hergestellt worden sind. Mehrere Falschmünzer wurden festgenommen. An der Spitze der Falschmünzerbande stand ein schon wegen Falschmünzerei vorbestrafter Lithograph. Bei ihm wurden allein 125 000 Mark in falschen Scheinen aufgefunden. Mehrere hunderttausend Mark Falsifikate waren bereits verschoben worden.

o **Eine kommunistische Universität.** In Moskau wurde die kommunistische Universität Swerdow gegründet, die mit ihren Vorlesungen bereits am 1. Dezember d. Js. beginnen soll. Der erste Paragraph der Bestimmungen über die Aufnahme lautet: „Jeder des Lesens und Schreibens kundige Arbeiter, ohne Unterschied des Geschlechts, muß, wenn er das 16. Lebensjahr überschritten hat, Student der kommunistischen Universität werden. Personen mit höherer Bildung werden nicht [illegible] nommen."

o **Verhaftung gefährlicher Hoteldiebe.** [illegible] amten eines Detektivinstituts wurden in Berlin zwei Ho[illegible] diebe, die in letzter Zeit die großen Hotels in Hamburg und Berlin brandschatzten und u. a. Pelze im Werte von einer halben Million gestohlen hatten, verhaftet. Der eine der beiden Diebe ist Student und Leutnant der Reserve. Bald darauf gelang auch die Verhaftung des Diebes, der in einem der vornehmsten Berliner Hotels einen Einbruch in die Zimmer der früheren Königin von Württemberg verübt hatte. Es handelt sich um einen aus Aachen stammenden Bildhauer namens Leonhard Wirtz, der sehr elegant auftrat. Er wurde bei einem neuen Diebstahlsversuch in demselben Hotel ertappt und festgenommen.

o **Heilung von Magenkrebs.** In Hamburg stellte Dr. Rollin zwei geheilte Fälle von Magenkrebs vor. Die Heilung war eingetreten durch Injektionen von Blut, das Kindern entnommen war. Die zwei geheilten Personen waren bereits dem Tode nahe.

o **Die Verbrechen in Oberschlesien** mehren sich wieder. In Dziedzkowitz bei Birkenthal überfielen 25 Personen, mit Karabinern, Revolvern und Handgranaten bewaffnet, das Haus des Gutsverwalters Fiebig und plünderten es vollständig aus. Sämtliche Kleider, Wäsche, Schuhe, Betten, Nahrungsmittel und Schmucksachen wurden geraubt. Die Beute scheint über die Grenze geschafft worden zu sein.

o **Neun Heizer auf einem französischen Dampfer verbrüht.** Ein schrecklicher Unfall trug sich auf dem Dampfer „France" zu, als dieser sich etwa 100 Meilen von Havre entfernt auf dem Meere befand. Im dritten Heizraum brach plötzlich ein Dampfzuleitungsrohr. Der Dampf strömte mit furchtbarer Gewalt in den Heizraum und verbrühte eine Reihe von Leuten. Trotzdem sofort Hilfe gebracht werden konnte, erlagen neun Heizer ihren entsetzlichen Verletzungen. Der Dampfer lief Cherbourg an, um dort die Opfer zu bergen.

o **Zugzusammenstoß bei Berlin.** Auf der Berlin—Potsdamer Vorortstrecke ereignete sich hinter Zehlendorf ein Eisenbahnunglück. Ein Personenvorortzug stieß mit einem Arbeitszug zusammen. Drei Personen — ein Ehepaar Heine aus Düsseldorf und ein Berliner Schlächtermeister — wurden getötet.

o **Raubüberfall auf eine Stationskasse.** Auf dem Bahnhof Bad Sachsa erschienen vier schwerbewaffnete Männer und forderten von den Stationsbeamten die Herausgabe des Stationsgeldes. Die Beamten konnten, nachdem der letzte Zug die Bahnhofshalle verlassen hatte, keinen Widerstand leisten. Die Verbrecher besetzten sofort das Telephon und ließen sich dann das Geld aufzählen, mit dem sie unbehelligt verschwanden.

o **Französische Offiziere als Wilderer.** Die unberechtigte Ausübung der Jagd im besetzten Gebiet durch französische Offiziere, insbesondere in Hessen-Darmstadt, führt immer mehr zu schweren Schädigungen des dortigen Wildbestandes. Man rechnet mit einer Vernichtung auf Jahre hinaus. An das Verbot der unberechtigten Jagdausübung kehren sich die Franzosen nicht, sondern kontrollieren sogar die richtigen Jagdpächter auf ihre Jagdpässe.

o **Ein deutscher Gelehrter verhungert.** In Wien starb dieser Tage einer der bedeutendsten Vertreter der theoretischen Meteorologie Dr. Max Margules, der bahnbrechende Theorien über Sturm, Gewitter und Höhen aufgestellt hat, im 61. Lebensjahre an Hungerödem.

o **Frieden im Hause Thyssen.** Der Kampf zwischen August Thyssen Vater und August Thyssen Sohn ist durch eine Aussöhnung der beiden Parteien beendet. Der alte Thyssen hatte sich wiederholt bereit erklärt, seinen Sohn, der aus mißglückten industriellen Unternehmungen einige Schulden hatte, zu sanieren, wenn sich dieser zu gewissen Erbschaftsverzichten bereit erklären würde. Das wurde von dem jungen Thyssen aber abgelehnt. Es kam zwischen Vater und Sohn zu zahlreichen Prozessen, die selbst das Reichsgericht beschäftigt haben. Die gerichtlichen Entscheidungen sprachen sich mit wechselndem Glück teils zugunsten des Vaters, teils zugunsten des Sohnes aus. Nun haben längere Verhandlungen zu völliger Versöhnung geführt.

o **Angehaltenes Schiebergut.** Vor kurzem waren auf dem Fernbahnhof Plauen im Vogtland neun mit Geschützteilen, Beutschildern usw. beladene Eisenbahnwaggons, die über Eger nach der Tschechoslowakei gehen sollten, angehalten worden, weil der Verdacht einer beabsichtigten Verschiebung des wertvollen Materials in das Ausland bestand. Jetzt wurde die vorläufige Entscheidung getroffen, daß die neun Waggons nach Dresden zur Verfügung des Reichsbeauftragten für Ein- und Ausfuhr zurückgehen sollen.

o **Verhaftung eines bekannten Dramatikers.** Nicht geringes Aufsehen erregt die Verhaftung des Dramatikers Georg Kaiser, der auf Veranlassung der Münchener Staatsanwaltschaft in Berlin in Untersuchungshaft genommen wurde. Es werden ihm verschiedene Eigentumsdelikte zur Last gelegt. Die Freunde des Dichters, dessen Dramen „Gas", „Der Brand im Opernhaus", „Die Koralle" u. a. viel gegeben wurden, behaupten, daß Kaiser schon seit längerer Zeit geistesgestört sei.

o **Ermordung eines Antiquitätenhändlers.** In Osnabrück überfielen drei Räuber den Antiquitätenhändler Koffes in seiner Wohnung und ermordeten ihn, um ihn zu berauben. Der Ermordete war Junggeselle und betrieb außer den Vertrieb von Antiquitäten den Ankauf von Edelmetallen und Juwelen.

o **Raubmord.** Der Buchhalter Karl Sievers und der Hofarbeiter Christian Ernst sollten von Schacht 1 nach Schacht 2 des Kaliwerkes Asse bei Braunschweig die Löhnung für die dortige Belegschaft in Höhe von 150 000 Mark überbringen. Auf dem kurzen Wege, der durch ein kleines Gehölz führt, sind beide hinterrücks erschossen und beraubt worden.

o **Tragisches Ende einer Hochzeitsfeier.** Aus Christiania wird berichtet: Bei Svolvaer in den Lofoten fuhr ein Motorboot, in dem sich ein Brautpaar mit dem gesamten Hochzeitsgefolge befand, auf eine Klippe auf, da das Steuer versagt hatte. Das Boot wurde leck und ging unter. 11 Personen ertranken, darunter das Brautpaar, die Mutter und Schwester der Braut.

o **Der König von Griechenland von einem Affen gebissen.** Zu der schweren Erkrankung des Königs von Griechenland erfährt man durch die griechische Gesandtschaft in Wien folgendes: Vor kurzem machte König Alexander von Griechenland auf Schloß Tatoi, von einigen Jagdhunden begleitet, einen Spaziergang. Plötzlich schwang sich ein wilder Affe vom Ast eines Baumes, stürzte sich auf die Hunde und biß den König. Es entwickelte sich an den Wunden eine infektiöse Entzündung, und das Fieber stieg auf 40 Grad. Nach den letzten Meldungen ist eine Verschlimmerung eingetreten, so daß Lebensgefahr besteht.

o **Wieder eine fünfzehnjährige Lebedame.** In Delmenhorst wurde ein fünfzehnjähriges Mädchen verhaftet, das seiner Tante in Leipzig 200 000 Mark gestohlen hatte. 120 000 Mark hatte die jugendliche Diebin innerhalb drei Wochen mit einem Liebhaber verbraucht. Die Fünfzehnjährigen scheinen sich jetzt gründlich ausleben zu wollen. Vor kurzem hatte sich, wie man sich erinnern dürfte, ein Berliner Gericht gleichfalls mit einer fünfzehnjährigen Lebedame zu beschäftigen.

o **Großzügiger Bankbetrug.** In Budapest wurde gegen 31 Bankbeamte Anzeige wegen Betruges und Veruntreuung erstattet. Der den Banken zugefügte Schaden übersteigt 27 Millionen.

Neue französische Briefmarken. Ein Wettbewerb zur Erlangung künstlerisch ausgeführter Briefmarken ist in Frankreich ausgeschrieben worden. Es handelt sich um drei neue Markentypen. Den Künstlern ist hinsichtlich der Wahl des Gegenstandes der Zeichnung zwar volle Freiheit gelassen worden, doch wird Wert darauf gelegt, daß in den Markenbildern das Heldentum, das Frankreich im Kriege bewiesen hat, symbolischen Ausdruck erhält. Der Wettbewerb soll am 15. Januar 1921 geschlossen werden. Es sind drei Preise von 10 000 Frank und weitere drei von 3000 Frank für die beste Zeichnung ausgesetzt; außerdem stehen noch 3000 Frank für Trostpreise zur Verfügung.

Für die Beweise inniger Teilnahme beim Hinscheiden unseres geliebten Vaters und Vetters

Victor Heudtlass

spreche ich meinen herzlichsten Dank aus.

Warmbrunn, im Oktober 1920.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Helene Hiekmann.

Deutsche Warte
die Tageszeitung der
Bodenreformer und Siedler
mit 6 Beiblättern
Land- und Hauswirtschaft — Gesundheitswarte — Frauenzeitung — Jugendwarte Wirtschaftswarte — Der Sonntag u. tägl. Unterhaltungsbeilage mit guten Romanen
Monatlich nur 6 Mark
Berlin SW 48
Bestellung nimmt jede Postanstalt entgeg.

Zu verkaufen:
Ein großes (18 Paar) Tafelservice,
2 Küchenbordbretter,
Zimmerturnreck,
Sekt- und Bowlengläser,
Brotschneide, Gaslampe,
Nähtisch, Damenschreibtisch,
Regulatoruhren, Spirituslampen.
Köhnemann, Raschdanstr. 12 I.

Gut möbliertes
Zimmer
von jungem Herrn für bald oder später gesucht.
Angebote unter A. S. 42 an die Geschäftsst. d. Bl.

Inserieren bringt Gewinn.

Selten günstige Kaufgelegenheit!
Um mein bedeutendes, altes Lager in
Zigarren
vollständig zu räumen, verkaufe ich sämtliche Sorten in nur besten Qualitäten zum
Einheitspreis von 90 Pfennig
das Stück. Bisherige Preislagen 80 Pfg. bis 1,50 M. Sortiments-Beutel zu 10 Stück M. 9,—
Jeder Raucher decke seinen Bedarf!
Nie wiederkehrender Gelegenheitskauf!
Paul Petzold
Bad Warmbrunn
Filiale Haus Bazar, Promenade 1.

Hochinteressanten Zeitvertreib
erlangt ein jeder Mensch durch die fesselnden Bücher, die das Versandhaus „Glückstern", Reichenbach in Schlesien zu billigsten Preisen versendet. Prospekt kostenlos. Grossisten u. Wiederverkäufer extra Preise.
Glückstern-Versand
Richard Dehnst,
Reichenbach i. Schl.

Im Vertrauen
auf die gute Wirkung nehmen Frauen bei **Regelstörung** u. Blutstockungen nur meine auch in verzweifelten Fällen erprobten Mittel. Völlig unschädl., Garantie in jed. Fall, andernf. Geld zurück. Wirkung überraschend ohne Berufsstörung, Versand diskret. Wenn alles vergeblich, fassen Sie noch einmal Mut und schreiben Sie sofort an
Kählers Hygien. Versand, Abt. F. 48
Altona Elbe.

Bestellungen auf erstklassige
Daueräpfel
Goldpermänen, Welschweinlinge, rote Weihnachtsäpfel nehme stets entgegen.
Gleichzeitig empfehle stets frische
Gänse, auch fürs Fest, **Enten, Hühner, Tauben, Hasen.**
Willi Röhricht,
Handelsmann,
Ziethenstraße 10,
Warmbrunn.

Unterricht
i. Malen u. Musterzeichnen erteilt
E. Köhnemann,
Raschdanstraße 12 I.

Nebenverdienst!
15—20 Mark täglich, leicht ausführb. Hausarbeit, welche vom Verlag wieder abgenommen wird, also kein Hausieren. Näheres gegen Einsendung von 60 Pfg. an **A. Fiedel, Schweidnitz,** Obere Bolkostraße 15.

Achtung!
Haben Sie Verlangen nach etwas Interessantem, Pikantem Verlangen Sie heute noch kostenlos illust. Prospekte vom
Buchversand Stern
Schömberg, Schl.
Kreis Landeshut.

Stadttheater Hirschberg
Freitag, abds. 7½ Uhr:
(Dutzendkarten gültig)
Gastspiel Mina Richter-Sorel vom Zentral-Theater in Chemnitz.
Er und seine Schwester.
Posse mit Gesang und Tanz.
Sonnabd., abds. 7½ Uhr:
(Dutzendkarten gültig).
Wiederholung des ersten Kammerspielabends.
Tor und Tod.
Gläubiger—Kammersänger

Beamten-Vereinigung
für Warmbrunn und Umgegend.
Diejenigen Mitglieder, die von uns
Preßsteine und Kohle
bezogen haben, werden ersucht, dieselben am **Freitag, den 29. Oktober, nachmittags 4 Uhr ab, in der Sparkasse** zu bezahlen.
Beamten-Vereinigung für Warmbrunn u. Umgegend.
Der Vorstand.

Ia Kernseife,
ca. 85 Gramm schwer,
nur an Wiederverkäufer
einige 1000 Stück sehr preiswert abzugeben.
Hans Schmidt,
Moys OL.

Zur Anfertigung von
Drucksachen
empfiehlt sich
P. Fleischer's Buchdruck., Warmbrunn.